

ves Programm verfügten. Weitblick zeigte Johann Kasimir auch, als er vor 1655 eine Annäherung an Schweden vollziehen wollte, wobei allerdings die schlechten Beziehungen zwischen den beiden Linien der Wasa das größte Hindernis bildeten. Die Verhandlungen scheiterten letztlich an der Weigerung Johann Kasimirs, seine Ansprüche auf den schwedischen Thron aufzugeben und die schwedische Herrschaft in Livland anzuerkennen. Auch gelang es ihm nicht, den litauischen Adel zu gewinnen, was die kalvinistische Linie der Radziwiłł in ihrer oppositionellen Haltung gegenüber der Krone bestärkte. Daß nach dem raschen Vordringen der Schweden die Unterwerfung Polens eher scheinbar als wirklich war, ist sicherlich richtig. Trotz des Anschlusses vieler Adliger an die schwedische Partei blieben viele andere königstreu oder wenigstens politisch indifferent. Schon bald zeigte es sich, daß Karl X. Gustav das von seinen Truppen besetzte Land nicht halten konnte. Er band daher den brandenburgischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm an sich, indem er ihm die Souveränität über das Herzogtum Preußen zusagte.

F. ist es gelungen, den Zweiten Nordischen Krieg in den gesamteuropäischen Kontext zu stellen und dadurch dessen Verlauf und Auswirkungen dem Leser verständlich zu machen. Der Bogen spannt sich hier von England und Frankreich bis Moskau und Siebenbürgen. Die Diplomatie der Kurie in Rom findet genauso ihren Platz wie das Taktieren des Großen Kurfürsten zwischen Schweden und Polen und die Politik der Habsburger in Wien. Aus alldem läßt sich der Schluß ziehen, daß damals die Adelsrepublik trotz ihrer inneren Zerrissenheit und militärischen Schwäche noch immer eine Macht von europäischer Bedeutung gewesen ist.

Das Hauptziel des Buches ist die Behandlung der Frage, wieweit politische Reformen in der Adelsrepublik nach der „Sintflut“ möglich waren oder nicht. Den wichtigsten Grund für das Scheitern der Erneuerung sieht F. weniger in dem 1652 in der Verfassung verankerten Liberum Veto des Adels als in dessen Furcht vor einer Verstärkung der königlichen Gewalt im Sinne absolutistischer Herrschaftsstrukturen. Der Versuch, eine derartige Entwicklung zu verhindern, schloß den in sich uneinheitlichen mittleren Adel und die Magnaten enger zusammen, ohne daß sich daraus in der Zukunft eine stabile Adelsopposition gegenüber der Krone ergeben hätte. Hätte der Adel – so F. – in der zweiten Hälfte des 17. Jhs. den Weitblick gehabt, daß er seine Freiheiten nur durch die Festigung der königlichen Gewalt bewahren konnte, wäre vielleicht Polen das Schicksal der Teilungen erspart geblieben. Als die Maiverfassung von 1791 das Liberum Veto abschaffte und den Einfluß der Krone vergrößerte, war es für die Rettung des Staates viel zu spät.

Das Quellen- und Literaturverzeichnis verdeutlicht, daß der Vf. in beachtlichem Umfang Archivalien und Veröffentlichungen in polnischer, englischer, deutscher und schwedischer Sprache herangezogen hat. So kann er die Erkenntnisse über einen dunklen Abschnitt der polnischen Geschichte bedeutend erweitern und Anstöße für eine weitere intensive Betrachtung dieser Materie vermitteln.

Berlin

Stefan Hartmann

Waldemar Łazuga: „Rządy polskie“ w Austrii. Gabinet Kazimierza hr. Badeniego 1895–1897. [„Polnische Regierungen“ in Österreich. Das Kabinett des Grafen Kasimir Badeni 1895–1897.] (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Seria Historia, nr 153.) Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza. Poznań 1991. 253 S., 1 Bildnis, deutsche Zufass., engl. Abstract.

Waldemar Łazuga vom Historischen Institut der Universität Posen, der bereits in der Vergangenheit mehrere Aufsätze zur Amtszeit des aus Galizien stammenden österreichischen Ministerpräsidenten Graf Kasimir Badeni veröffentlicht hat, legt hier eine ausführliche Monographie über dessen „polnische Regierung“ in Österreich vor. Damit

erfahren die Ereignisse am Ausgang des 19. Jhs. nun auch eine umfassende Würdigung von polnischer Seite, nachdem die Amtszeit Badenis bisher vornehmlich aus deutsch-österreichischer und tschechischer Sicht untersucht worden war. Die nur zweijährige Regierungszeit des galizischen Aristokraten erlebte eine in der Donaumonarchie einmalige Kulmination galizischen politischen Einflusses, der sich in hohen Staatsämtern manifestierte. Neben Badeni, der zugleich Ministerpräsident und Innenminister war, gehörte Leon Biliński als Finanzminister der Regierung an; Graf Agenor Gołuchowski (der Jüngere) bekleidete das Amt des österreichisch-ungarischen Außenministers, und Edward Rittner war Minister für Galizien.

Ł. konzentriert sich in seiner Untersuchung nicht ausschließlich auf die Regierungszeit Badenis, sondern gibt in einem einleitenden Kapitel zunächst einen Überblick über die österreichische Politik vom Amtsantritt des polnischen Innenministers Graf Agenor Gołuchowski (der Ältere) bis zum Kabinett des Fürsten Alfred Windischgrätz, wobei die Rolle der Polen eine besondere Berücksichtigung erfährt. Nach dem kurzen Intermezzo des Beamtenkabinetts unter Erich Kielmannsegg übernahm schließlich 1895 Graf Badeni die Regierungsgeschäfte. Mit kaum einer anderen Regierung waren so viele Hoffnungen zur Lösung der innenpolitischen Probleme – vornehmlich der nationalen Frage – verbunden, wie Ł. nachweist. Man brachte Badeni großes Vertrauen entgegen, das zu Beginn seiner Amtszeit auch nicht enttäuscht wurde.

Badeni setzte seine „Politik der Mitte“, die ihn zu einem erfolgreichen galizischen Statthalter hatte werden lassen, auch in Wien fort und hatte damit zunächst Erfolg. Er war u. a. maßgeblich an der Lösung der „Wiener Frage“ beteiligt, in deren Mittelpunkt die hindernisreiche Wahl des christlich-sozialen und antisemitischen Rechtsanwalts Karl Lueger zum Bürgermeister von Wien stand, und sorgte für eine Erweiterung des Wahlrechts. Ł. macht jedoch deutlich, daß die Einführung der fünften Kurie, mit der große Hoffnungen nicht zuletzt auch im Hinblick auf die dringliche Lösung des Nationalitätenkonflikts insbesondere in Böhmen und Mähren verbunden waren, als Instrument zur Kanalisierung des Nationalitätenkonflikts nicht taugte. Sie avancierte im Gegenteil – vor dem Hintergrund des krisenhaften Verfalls des Liberalismus – zu einer Plattform des Nationalitätenstreits.

Der Vf. setzt sich auch ausführlich mit dem deutsch-tschechischen Konflikt auseinander, wobei er ihn in Anlehnung an A. Posche als das „irische Problem des alten Österreich“ bezeichnet. Auch wenn beide Konflikte weitgehende Parallelen aufweisen, unterscheiden sie sich doch gravierend bei dem Versuch der Konfliktlösung. Allmählich kam es zu einer Annäherung zwischen dem Ministerpräsidenten und den Jungtschechen. Badenis Sprachenverordnungen konnten den immer schärfer werdenden Konflikt zwischen Tschechen und Deutschen nicht lösen. Es zeigte sich mehr als deutlich, daß seine auf Kompromisse angelegte Politik nicht mehr integrativ wirken konnte und im Grunde genommen anachronistisch war. Ihr Fehlschlag löste eine schwere innenpolitische Krise aus, die sich in parlamentarischer Obstruktion und auf der Straße Luft verschaffte.

Ł. stützt sich in seiner Untersuchung nicht nur auf deutsche, polnische und tschechische Literatur, sondern im wesentlichen auch auf unveröffentlichtes und gedrucktes Material aus österreichischen, polnischen und tschechischen Archiven, wobei den zahlreichen Nachlässen eine besondere Bedeutung zukommt. Seine Monographie gibt nicht zuletzt aufgrund der breiten Quellengrundlage ein vielfältiges Bild von den Ereignissen in der Habsburgermonarchie Ende des letzten Jahrhunderts. Sie ist ein wichtiger Beitrag der polnischen Historiographie zur Erforschung von Graf Badenis Regierungszeit und bietet darüber hinaus einen interessanten Ansatzpunkt für eine Fortsetzung der Diskussion.

Heidelberg

Andreas Reich